

which are neglected in many works on European economic history. It is an admirable work of reference.

Two comments may be made. First, although there are passing references to the European Economic Community and to other international organisations there is no chapter devoted entirely to the E.E.C. This is unfortunate in view of the great significance of the founding and growth of this organisation in the second half of the twentieth century.

Secondly, this volume is very definitely a »quantitative history«. Anything that can be expressed in a graph or a table of statistics is expressed in that way. Practitioners in this approach to history deal in impersonal »trends« or »forces«. But there are still historians who believe in an older tradition. For them history is about people. They consider that economic and social changes cannot be explained without some consideration being given to the part played by men and women – acting either as individuals or as members of a group. The present volume has a subject index but there is no index of persons. This is not surprising since so few persons are mentioned.

*W. O. Henderson, Hemel Hempstead*

Wilfried Loth, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1987, 271 S., Ln., 48 DM.

Gibt es einen spezifisch französischen Weg zur modernen Industriegesellschaft von der »Belle Epoque« bis zur »Cohabitation«? Diese in der französischen Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren häufig diskutierte und weitgehend bejahte Frage dient Wilfried Loth als Leitfaden seiner »Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert«. »Il faut être absolument moderne«, forderte schon 1873 Arthur Rimbaud. Modernisierung, im Sinne von Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, ist denn auch der zentrale Begriff zur Erschließung der französischen Geschichte. Loth versteht es in seiner Darstellung, die ökonomische Komponente der Modernisierung mit der Frage nach der Integrationsfähigkeit des soziopolitischen Systems und der Ausprägung der politischen Kultur Frankreichs zu verbinden. Die Modernisierung verlief in Frankreich keineswegs geradlinig; bezeichnend sind tiefgreifende Zivilisations- und Wachstumskrisen. »Entsprechend blieb Frankreich immer etwas gegenüber dynamischeren Industrienationen zurück: Die Bedeutung des Agrarsektors ging langsamer zurück, die Produktivität blieb geringer, die Gesellschaft vielfältiger, die Arbeiterbewegung schwächer, die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit archaischer, die Transmissionsriemen zwischen dem Einzelnen und dem Staat weniger ausgebildet und das soziale Netz prekärer. Bis Ende der 30er Jahre, solange die Kräfte der Beharrung überwogen, blieb der Staat zudem ausgesprochen schwach. Danach wurde seine Bedeutung für die Modernisierung außerordentlich groß.« (S. 250)

Die zentrale Rolle des Staates bei der Modernisierung beruht auf drei typisch französischen Defiziten. Zum einen darauf, daß die im 19. Jahrhundert bestimmenden bürgerlichen Notablen hartnäckig an ihren sozialen und politischen Privilegien festhielten; dies schlug sich im politischen System als Antireformismus des Senats nieder. Zum zweiten auf einer antimodernistischen Grundhaltung vieler mittelständischer Unternehmer, die sich in Abneigung gegen Investitionen und moderne Fertigungsmethoden der Massenproduktion ausdrückte. Nicht zuletzt aber auch darauf, daß die Arbeiterbewegung seit dem frühen 19. Jahrhundert in sich zerrissen und seit dem Kongreß von Tours 1921 tief gespalten war. »Infolge der Schwäche der Arbeiterbewegung ließen sich Modernisierungsbestrebungen lange Zeit nur von oben durchsetzen, unter starkem Anteil der Technokraten, gestützt auf plebiszitäre Akklamation und auf Kosten der Selbstbestimmung der breiten Bevölkerungsmehrheit. Zu einer Demokratisierung des Modernisierungsprozesses kam es erst durch das Aufbrechen des kommunistischen Protestghettos, das Mitterrand, begünstigt durch die Entspannung in der internationalen Politik und die allmähliche Erosion des klassischen Arbeitermilieus, mit der Strategie der Linksunion in Angriff genommen hat.« (S. 252)

Es spricht einiges dafür, den Beginn der Demokratisierung früher als Loth anzusetzen; nämlich dort, wo er selbst den entscheidenden Durchbruch des sozialen Integrationsprozesses sieht: in der die Klassenschranken nivellierenden gemeinsamen Kampferfahrung der Résistance und der provisorischen Regierung unter General de Gaulle 1944/46. »Allein die Tatsache, daß hier ein General aus der royalistischen Tradition zusammen mit Kommunisten, Sozialisten und Christen, Technokraten und einfachen Militants für ein gemeinsames Ziel kämpfte, brachte die Integration der Franzosen zu einer mehr als formalen Demokratie weiter voran, als es der Volksfront je gelungen war; und der Umstand, daß nun gerade die unterschiedenen Gegner der sozialen Demokratie diskreditiert oder sogar entmachtet waren, erlaubte es, diese Integration bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung festzuschreiben.« (S. 123 f.)

Bezeichnend für den spezifisch französischen Weg zu Modernisierung und Integration ist die vergleichsweise geringe Anfälligkeit für extremistische Bewegungen. Zwar blieb auch Frankreich von antiparlamentarischen Strömungen und rechtsextremen Splittergruppen nicht verschont, und Judenverfolgung und Kollaboration zwischen 1940 und 1944 gehören zu den dunkelsten Punkten der französischen Geschichte, die erst langsam aus der Grauzone wissenschaftlichen Desinteresses und kollektiver Verdrängung hervorgezerrt werden. Dem aber steht gegenüber, daß die republikanischen Kräfte von den Liberalen bis zu den Kommunisten sich in Krisensituationen immer wieder über ideologische Grenzen und Klassenschranken hinweg zur Verteidigung der Republik gegen ihre Feinde von Rechts fanden. »Hinzu kam, daß die republikanische Ordnung [...] eine solche Prägekraft entwickelt hatte, daß sich weder die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten so schnell von ihr abwandten noch die Arbeiterbevölkerung ganz den Bezug zu ihr verlor.« (S. 251)

Diese Prägekraft der republikanischen Ordnung erwies sich auch als stärker als die vielen Krisen, denen das politische System in der Dritten und Vierten Republik ausgesetzt war. Zu Recht sieht Loth ein wesentlich festigendes Element in der spezifischen französischen Ausprägung der politischen Kultur; die Bereitschaft und Fähigkeit, Konflikte auszutragen, ist dort zugleich Voraussetzung eines tiefergründenden republikanischen Konsenses: »Die Neigung zur Selbsttäuschung und zur politischen Rhetorik wurde in gewisser Weise durch eine bemerkenswerte Fähigkeit zur Konsensbildung ausgeglichen. Eine bei aller Erregbarkeit pragmatische Grundhaltung, ein Kern von Patriotismus, ein instinktives Festhalten an der Idee der Republik ermöglichten es, die tiefgreifenden Spaltungen zu relativieren.« (S. 254)

Während Frankreich so – von eruptiven Ausbrüchen, wie im Mai 1968 abgesehen – die industrie- und gesellschaftspolitische Modernisierung gemeistert hat, ist der Hang zur Selbsttäuschung nach Loths Ansicht in der Außenpolitik besonders ausgeprägt. Seit dem Ende des Ersten Weltkrieges besteht deren Dilemma darin, daß die realen Machtmittel Frankreichs nicht mehr den außen- und weltpolitischen Ambitionen entsprachen. So führten denn außenpolitische Niederlagen immer wieder zu schweren Belastungen des politischen Systems, vor allem die Entkolonialisierung, die das Ende der Vierten Republik einläutete. Mit Blick auf die Herausforderung durch die internationale Wirtschaftskonkurrenz und die Umorientierung der Sicherheits- und Europapolitik stellt deshalb Loth die – auch aus deutscher Sicht – besorgte Frage, ob in Frankreich künftig »die Innovationskraft den Hang zur Selbsttäuschung« (S. 254) überwiegen wird.

Loths Darstellung ist prägnant und flüssig geschrieben, aber auch inhaltlich die derzeit überzeugendste Geschichte Frankreichs in diesem Jahrhundert. Ihm gelingt es, auf knappem Raum ohne Verzicht auf interpretierende Akzentuierungen die Grundzüge deutlich herauszustreichen und die wichtigsten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Entwicklungslinien miteinander zu verweben. Lediglich die von ihm selbst als noch zu wenig bekannt beklagte politische Kultur wird nicht präzise genug herausgearbeitet – sie bleibt ein Desiderat der deutschen Frankreichforschung. Statt eines Fußnoten- und Anmerkungsapparates enthält das Buch ein knapp kommentiertes Literaturverzeichnis, dem der Leser

Hinweise auf die grundlegenden deutschen und französischen Werke entnehmen kann und das zur vertiefenden Beschäftigung mit unserem wichtigsten Nachbarn einlädt.

*Klaus R. Wenger, Baden-Baden*

Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft (= Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, Bd. 22), Droste Verlag, Düsseldorf 1987, 688 S., kart., 36,80 DM, (Sonderausg.: Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe, Bd. 251. Studien zur Geschichte und Politik, Bonn 1987).

Die Bonner Politikwissenschaftler *K. D. Bracher*, *M. Funke* und *H.-A. Jacobsen* – der Erstgenannte gehört bekanntlich zu den großen Persönlichkeiten der deutschen Politik- und Geschichtswissenschaft – haben eine Aufsatzsammlung über die Weimarer Republik vorgelegt, über die sich nur Gutes sagen läßt. Es ist ihnen gelungen, 28 führende Sachkenner zu gewinnen, die es verstanden haben, die wichtigsten Sachverhalte, die Streitpunkte und den aktuellen Forschungsstand darzulegen. Der Sammelband bietet Studenten eine exzellente Einführung; Tabellenanhang und Literaturverzeichnis erleichtern weiteres Eindringen in den Stoff. Dem informierten Leser, etwa dem, der Auskunft über Spezialfragen sucht, bietet der Band eine wahre Fundgrube.

Erfahrene Rezensenten wissen, daß Sammelbände besonders schwer zu besprechen sind. Raumnot verbietet es zumeist, die einzelnen Beiträge angemessen zu würdigen. Deshalb soll in dieser Rezension vor allem *einem* Gesichtspunkt nachgegangen werden, nämlich der Chance der Weimarer Republik, eine »soziale Demokratie« zu werden – und dem Scheitern dieser Chance.

Teil I der Sammlung trägt die Überschrift »Grundlegung und Staatsaufbau der Republik«. *E. W. Böckenförde* schildert das Entstehen der Republik aus dem Zusammenbruch der Monarchie. Er stellt auf die Kontinuitäten ab: Das Prinzip der »konstitutionellen Monarchie« habe sich bereits in Erosion befunden. Das Bündnis zwischen Ebert und der Obersten Heeresleitung wird als realpolitisch notwendig begriffen. Die Weimarer Reichsverfassung sei eine »offene Verfassung« gewesen, die die bürgerlich-liberale Gesellschaftsordnung vorläufig gewährleistet, aber auch grundlegende Veränderungen in Richtung auf Wirtschaftsdemokratie, Sozialisierung und Gemeinwirtschaft zugelassen habe. *H. Boldt* vertieft die Analyse der Weimarer Reichsverfassung. Es wäre zu wünschen gewesen, daß der Verf. die Verfassungsbestimmungen, die von Sinzheimer als »Wirtschaftsverfassung« bezeichnet worden sind (vor allem Art. 165 W. R. Verf.), stärker herausgearbeitet hätte. *U. Wengst* stellt in seinem Beitrag über Staatsaufbau und Verwaltungsstruktur den Unterschied in der Handhabung des Notverordnungsrechts durch Ebert und Hindenburg heraus. Die Ebertschen Notverordnungen hätten nicht im Widerspruch zum Willen der Reichstagsmehrheit gestanden. In Teil II (Gestaltungskräfte und Entwicklungslinien in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft) weist *H. Hürten*, der die »Bürgerkriege in der Republik« behandelt, auf die Republiktreue des leitenden Personals der Ministerien hin, die letztlich den Erfolg des Kapp-Putsches verhindert habe. *K. Schwabe* gibt eine Übersicht über die Regierungspolitik vom Kapp-Putsch bis zum Scheitern des Kabinetts Müller im Jahre 1930. Die SPD habe bereits 1920 bis 1924 bürgerliche Kabinette toleriert. Die Vorarbeiten Hilferdings zur Sanierung der deutschen Währung bleiben unerwähnt. *M. Vogt* schildert die Parteienlandschaft der Weimarer Republik. *F. Blauch* befaßt sich mit der politischen Haltung der deutschen Unternehmer. Im Zentrum seiner Ausführungen steht deren Aussöhnung mit der Republik, die in der Rede Silverbergs vom September 1926 zum Ausdruck gekommen war. Blauch zeigt, daß insbesondere die Unternehmer der stagnierenden Industriezweige und die kleineren Unternehmer der weiterverarbeitenden Industrie diese Sicht nicht teilten oder sich bald davon distanzierten. *M. Schneider* relativiert die verbreitete Rede vom »Gewerkschaftsstaat«. Nicht einmal